



ung bieten, sind auch in der digitalen Welt gefragt - und diese Inhalte werden vor allem von qualifizierten Journalistinnen und Journalisten produziert. Dass sich die Arbeitswelt von Journalisten enorm verändert hat, ist ebenfalls dem Prozess der Digitalisierung geschuldet. An den Grundlagen des Berufes ändert dies jedoch nichts. Die Debatte über den eigenen Berufsstand ist daher unverzichtbar. Für beispielhaft halte ich hier die Arbeit des „Netzwerk Recherche“ mit der Erarbeitung eines Ehrenkodex‘, wichtige Impulse kommen vom DJV, verdi und dem Deutschen Fachjournalisten-Verband. In einem Punkt muss ich den Positionen des DFJV allerdings ausdrücklich widersprechen. Spätestens seit der wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beteiligung politischer Parteien an Medien wäre

es an der Zeit, die Position des DFJV zu korrigieren. Die Beteiligungen der SPD über die ddvg sind transparent und nachvollziehbar - und wer glaubt, dass darüber eine politische Beeinflussung erfolge, der unterschätzt die Unabhängigkeit qualifizierter Journalistinnen und Journalisten. Aber zugegeben: Das ist ein anderes Kapitel. (Dazu auch: Reffken, Politische Parteien und ihre Beteiligungen an Medienunternehmen).

#### Der Autor

**Marc Jan Eumann** Mdl, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW und Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand.



## Journalismus ist Kreativität

Wer aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise herausfinden will, darf nicht mit Einzelmaßnahmen von Branche zu Branche springen, sondern muss sich grundsätzlich auf die Stärken unserer sozialen Marktwirtschaft zurück besinnen.

Liberalismus will Menschlichkeit durch Vielfalt. Freiheit ist Vielfalt. Die Dynamik der Freiheit entfaltet sich gleichermaßen auf dem Markt der Ideen, Entwürfe und Lösungen, wie in der sozialen Marktwirtschaft der Interessen und Güter. Gesellschaftliche Freiheit und wirtschaftliche Freiheit bedingen einander und fördern sich in unserer sozialen Marktwirtschaft gegenseitig.

Von allen anderen Parteien hören wir, der Staat könne sich Steuergeschenke nicht leisten. Die Sprache verrät das Denken. Eine Regierung, die Steuersenkungen als Steuergeschenke bezeichnet, macht sich selbst zum Herrscher und den Bürger zum Untertanen. Das Brutto gehöre sozusagen dem Staat, das Netto werde dem Bürger gnädig zugeteilt. Politiker, die so reden, leben in der Gedankenwelt des Obrigkeitsstaates, Bürger, die sich solche Reden gefallen lassen, machen sich selbst zum Taschengeldempfänger. Unser freiheitliches Immunsystem funktioniert nicht mehr ausreichend. Politik ist der Treuhänder der vom Bürger anvertrauten Mittel. Und deswegen ist die Steuerlast nicht bloß eine Frage der Technik und

der Wirtschaft. Es ist auch und zuerst ein Freiheitsthema. Und es ist ein Gerechtigkeitsthema: Wer die Leistungsgerechtigkeit vernachlässigt, wird die soziale Gerechtigkeit als erstes verlieren, weil alles, was verteilt werden soll, vorher erwirtschaftet werden muss.

Alle Anbieter von Medien und Presse und ihre Beschäftigten sind maßgeblich auf die Finanzierung ihrer Angebote durch Werbung angewiesen. Einschränkungen oder gar Verbote bestimmter Medienformen und -inhalte haben direkte negative Konsequenzen für die Medienvielfalt. Die FDP spricht sich daher gegen weitere Verbote und Beschränkungen aus. Bestehende Vorgaben müssen auf ihre Effektivität sowie auf ihre gewünschte Wirkung hin überprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Darüber hinaus sollten Werbevorschriften für private Medienanbieter insgesamt verbessert werden.

Das geltende Internetrecht ist hoffnungslos veraltet. Daraus folgt eine Rechtsunsicherheit sowohl bei Anbietern von Telemedien als auch bei den Bürgern in der Informationsgesellschaft insgesamt. In der Praxis betroffen sind von diesem Problem auch Anbieter von Online-Medien, etwa bei Fragen der Forenhaftung. Die FDP fordert daher eine sofortige Anpassung des Telemediengesetzes. Sie hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deut-



schen Bundestag eingebracht, dessen vorgesehene Regelungen die Meinungsfreiheit in der Informationsgesellschaft stärken und die für Anbieter von Diensten bisher bestehende Rechtsunsicherheiten verringern würden. Das käme auch direkt den im Online-Bereich tätigen Journalisten zugute.

Das Thema Urheberrecht ist für die FDP essentiell, denn hierbei geht es nicht nur um Rechts- und Eigentumsfragen, sondern ganz unmittelbar um die Wertschätzung und Honorierung einer künstlerischen Leistung. Für die FDP ist es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Künstler und Kreative von ihren Werken, seien sie nun materieller oder geistiger Natur, leben können. Erst ein wirksamer Schutz der intellektuellen und kreativen Leistungen durch das Urheberrecht schafft die notwendigen Anreize für kreative Tätigkeit und für Investitionen in deren wirtschaftliche Verwertung. Geistiges Eigentum darf nicht weniger wert oder weniger geschützt sein als dingliches Eigentum.

Pressevielfalt und Meinungsfreiheit sind als Stützen unserer demokratischen Bürgergesellschaft heute mehr gefordert denn je. Es hat, wenn wir von der Zeit der Notstandsgesetzgebung in der ersten so genannten großen Koalition vielleicht absehen, in der Geschichte unserer Republik noch nie eine so lange und dramatische Phase des Abbaus von Bürgerrechten gegeben. Die Telefonüberwachungen nehmen drastisch zu, in Teilen haben sie sich vervielfacht. Das Bankgeheimnis ist in wesentlichen Teilen faktisch aufgehoben. Allein im Jahr 2007 hat es millionenfache Zugriffe auf die Stammdaten der Kreditinstitute gegeben. Die Vorratsdatenspeicherung gibt es und den „gläsernen Patienten“ bald auch. Wer im Internet sucht, muss damit rechnen, selbst durchsucht zu werden. Wenn man in die USA reist, werden persönliche Daten der Passagiere an die Behörden in den USA gleich mitverschickt – bis hin zur sexuellen Orientierung und zur Gewerkschaftsmitgliedschaft. Natürlich kämpfen wir als Liberale dagegen, im Parlament und auf den Plätzen. Aber vor allem macht uns die schleichende Gewöhnung an diesen Verlust von Freiheit große Sorge. Denn mindestens so schlimm wie die Tatsache des Abbaus der Bürgerrechte ist der zu geringe Widerstand der Bürgergesellschaft dagegen.

Mit der Zunahme von staatlichen Ermittlungsmaßnahmen gegenüber Journalisten in den vergan-

gen Jahren wächst die Gefahr, dass sich Bürger nicht mehr vertrauensvoll an diese Gruppe Berufsgeheimnisträger wenden können. Die Einteilung von Berufsgeheimnisträgern – seien es Geistliche, Abgeordnete, Rechtsanwälte, Ärzte oder eben Journalisten – in Kategorien erster und zweiter Klasse ist für uns nicht akzeptabel. Die FDP-Bundestagsfraktion tritt deshalb für einen einheitlichen Schutz aller Berufsgeheimnisträger vor staatlichen Ermittlungsmaßnahmen ein.

Journalismus ist Kreativität. Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft insgesamt nicht kreativ und eine Wirtschaft nicht innovativ. Wir Liberale wollen die Aufnahme eines Staatsziels „Kultur“ in das Grundgesetz und haben bereits vor einiger Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Das Staatsziel Kultur würde neue rechtliche Ermessens- und Abwägungsspielräume eröffnen und den Wert der kulturellen Kreativität für eine Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Nur durch Kreativität gibt es neue Gedanken und damit die Grundlage für Innovationen unserer Wirtschaft. Fortschritt und Wohlstand für alle gedeihen am besten in der freien, offenen Gesellschaft unserer sozialen Marktwirtschaft.

### Der Autor

Dr. Guido Westerwelle ist Bundesvorsitzender der FDP und der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion.

